



Beantwortung einer Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion vom 01.06.2006

Sitzung des Kreistages am 21.09.2006

zu Vorlage Nr.: 0153/2006/IV

Tagesordnungspunkt	7.1	- öffentlich -
Betreff:		
„Kosten der Tageseinrichtungen für Kinder“		

Die Beantwortung der Frage 1 erfolgte in der Sitzung des Kreistages am 08. Juni 2006.

Um die Fragen 2 und 3 beantworten zu können, sind nachfolgend sowohl Einnahmen als auch Ausgaben gegenüber gestellt, die durch die Übertragung von Aufgaben und Tätigkeiten der sog. „armen Träger“ auf den Oberbergischen Kreis entstehen. Auf der Einnahmeseite (nur „arme Träger“) können die Elternbeiträge und der Landeszuschuss mit rd. 7,7 Mio. € beziffert werden. Gleichzeitig entfielen aber Landesmittel (sog. besonderer Zuschuss des Landes nach § 18 Abs. 4 GTK) in Höhe von rd. 550.000 €. Dieser Verlust wird auf der Ausgabenseite teilweise kompensiert durch den Wegfall der Verwaltungskostenpauschale in Höhe von rd. 420.000 €

Der Oberbergische Kreis rechnet im Rahmen der aktuellen Erstattung eine Sachkostenpauschale und die Ausgaben für die Kaltmiete in Höhe von rd. 3,8 Mio. € mit den „armen Trägern“ ab. Über die Sachkostenpauschale haben die sog. „armen Träger“ ihre Ausgaben für Reinigungs- und Hausmeisterdienste, Unterhaltung, Reparaturen, Versicherungen, Erneuerung von Spielgeräten und die sonstigen Kosten zu begleichen. Diese Kostenarten fielen natürlich auch beim Oberbergischen Kreis an. Wenn der Oberbergische Kreis diese Leistungen zentral erbringen würde, ergäbe sich durch Synergie- und Lerneffekte ein Einsparpotential, welches sich nur schwer beziffern lässt. Andererseits benötigte der Oberbergische Kreis für die Erbringung dieser Angelegenheiten zusätzliches Personal. Hilfsweise kann mit insgesamt 4 Personen (Gehaltsstufe A10/A 11 à 50.000 €/Jahr/Person, insgesamt 200.000 € jährlich) für die Bereiche Beschaffung, bauliche Unterhaltung, Versicherungs- und Vertragsangelegenheiten, Allgemeine Datenverwaltung und Zentrale Dienste kalkuliert werden.

Wenn der Oberbergische Kreis die gesamte Organisation der „armen“ Kindertageseinrichtungen betriebe, entstünden notwendigerweise neue Aufgaben im Jugendamtsbereich. Inwieweit die Aufgabenwahrnehmung teilweise durch das vorhandene Personal aufgefangen werden könnte, kann nicht abschließend beurteilt werden. Hilfsweise wird davon ausgegangen, dass jeweils drei Sachbearbeiter und drei pädagogische Fachkräfte (Kosten rd. 330.000 €) eingestellt werden müssten.

Weiter müsste der Oberbergische Kreis rd. 400 Mitarbeiter (ErzieherInnen, LeiterInnen, Ergänzungskräfte, ...) übernehmen. Die Personalkosten würden sich auf rd. 12,8 Mio. € belaufen. Für die „Verwaltung“ dieses Personenkreises sind im Bereich der Personalabteilung (Bewerbungsgespräche, Gehaltsabrechnungen, Rechtsangelegenheiten, Personal-Fluktuationen, Ausbildungsleitung, ...) schätzungsweise drei neue Stellen (Gehaltsstufe A 10/A 11 à 50.000 €/Jahr/Person, insgesamt 150.000 € jährlich) erforderlich.

Bei allen Unwägbarkeiten, die eine Gegenüberstellung nach jetzigem Erkenntnisstand beinhaltet, ergibt sich danach folgender Vergleich:

	<u>Entlastung</u>		<u>Belastung</u>
Wegfall der		Ausfall Landeszuschuss	550.000 €
Verwaltungs-		Querschnittsaufgaben	200.000 €
Kostenpauschale	<u>420.000 €</u>	Fachkräfte Jugendamt	330.000 €
		Personalangelegenheiten	<u>150.000 €</u>
Summe:	420.000 €	Summe:	1.230.000€

Mehrkosten: 810.000 €

Bei einer Erhöhung des Zuschussbedarfs um ca. 0,81 Mio. € muss die Umlage Jugendamt um rd. 0,61 %-Pkt. angehoben werden. Auf die einzelnen Kommunen ohne eigenes Jugendamt verteilt ergäbe sich folgende jährliche Mehrbelastung:

Bergneustadt	102.511 €
Engelskirchen	100.744 €
Hückeswagen	80.589 €
Lindlar	105.136 €
Marienheide	70.211 €
Morsbach	56.268 €
Nümbrecht	85.169 €
Reichshof	102.654 €
Waldbröl	106.718 €
insgesamt	810.000 €

Durch die Übernahme und die zentrale Organisation und Verwaltung der Kindertageseinrichtungen entstehen wie erwähnt einerseits zusätzliche Aufgaben und Ausgaben. Wiederum könnten durch die Zentralisierung gegebenenfalls Aufgaben und Ausgaben (z. B. günstigere Versicherungsprämien) wirtschaftlicher wahrgenommen werden. Um den Zuschussbedarf nach einer Übernahme auf dem Niveau des Haushaltsjahres 2006 zu halten, würde dies nach den bisherigen Berechnungen bedeuten, ein Einsparpotenzial von 810.000 € anstreben zu müssen.

gez.

Hagen Jobi
-Landrat-

gez.

Dr. Jorg Nürnbergger
-Dezernent-